



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen
Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt

Telefon (0421) 361 2215
Fax (0421) 496 **2215**
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
12-05/03

Bremen, 5. Februar 2016

„Der öffentliche Dienst im Umbruch? Selbstverständnis öffentlich Beschäftigter und Arbeitgeberbild. Das Beispiel der Freien Hansestadt Bremen“

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Ergebnissen der Beschäftigtenbefragung

Sehr geehrte Frau Linnert,

der Gesamtpersonalrat hat die Durchführung der Befragung der Beschäftigten durch die Universität Bremen unterstützt. Eine Vertreterin des Gesamtpersonalrats hat den Prozess der Ergebnisdarstellung zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Senatorin für Finanzen begleitet.

Wir bitten Sie, dem Senat die folgende Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Ergebnissen der Beschäftigtenbefragung zuzuleiten und bedanken uns dafür.

1. Eines der auffälligsten Ergebnisse der Befragung aus Sicht des Gesamtpersonalrats ist die Diskrepanz zwischen der starken Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Arbeit einerseits und ihrer geringeren Identifikation mit der Arbeitgeberin Freie Hansestadt Bremen andererseits. Zurückzuführen ist dies auf kritische Bewertungen der Arbeits- und Entgeltbedingungen, der Wahrnehmung von Führungsverantwortung auf allen Ebenen und der Wertschätzung, die den Beschäftigten und ihrer Arbeit entgegengebracht wird.
2. Fast die Hälfte der Befragten sieht in der Freien Hansestadt Bremen generell keine sehr gute Arbeitgeberin. Auch im Vergleich mit privatwirtschaftlichen Arbeitgebern fallen die

Antworten nur geringfügig positiver aus. Nur 39 % finden, dass die Freie Hansestadt Bremen viel unternimmt, um eine sehr gute Arbeitgeberin zu sein. Auffällig ist dabei, dass die Befragungsteilnehmer und -teilnehmerinnen in hohen Leitungspositionen ein deutlich kritischeres Arbeitgeberbild haben als die Beschäftigten insgesamt. Erschreckend viele Beschäftigte (44,5 %) sehen den bremischen öffentlichen Dienst daher für junge Menschen als nicht attraktiv an. Dies ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats ein ernstzunehmendes Warnsignal, dass die Nachwuchsgewinnung langfristig gefährdet sein könnte.

3. Bei der Bewertung der Arbeitsbedingungen sticht ein Bereich positiv heraus: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von einer großen Mehrheit der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes positiv bewertet. Es kann angenommen werden, dass dies besonders für weibliche Beschäftigte von großer Bedeutung ist. Auch dadurch kann erklärt werden, dass deren Arbeitszufriedenheit insgesamt signifikant höher ausfällt als die der männlichen Kollegen.
4. Die positive Beurteilung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats aus zwei Gründen bemerkenswert:
Erstens belegt sie, dass die Befragten sehr differenziert geantwortet haben. Die Ergebnisse sind offenbar nicht das Resultat einer allgemeinen, unspezifischen Unzufriedenheit, sondern jede Aussage ist sehr ernst zu nehmen.
5. Zweitens wird anhand der Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich, dass selbst unter den Bedingungen fortgesetzten Personalabbaus einige Aspekte der Arbeitsbedingungen durchaus positiv beeinflusst werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Unbedingt wünschenswert ist es daher, dass die Freie Hansestadt Bremen insgesamt bzw. die Dienststellenleitungen in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen Verbesserungen in weiteren Bereichen anstreben, die von den Beschäftigten derzeit kritischer beurteilt werden. Zu nennen sind hier vor allem
 - Gesundheitsförderung: Der hierfür seit nunmehr mehr als sechs Jahren durch eine Dienstvereinbarung geschaffene Rahmen wird von den Dienststellen bisher höchst unterschiedlich ausgefüllt.
 - Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch: Der Gesamtpersonalrat hofft, dass mit der Umsetzung der Dienstvereinbarung über Jahresgespräche Verbesserungen erreicht werden.
 - Aufstiegs-, Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten: Diese bleiben sehr deutlich hinter den Erwartungen der Beschäftigten zurück.
 - Beteiligung an Veränderungsprozessen: Die dazu bestehende Dienstvereinbarung wird leider noch nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit umgesetzt.
6. Für die meisten Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes spielt es eine große Rolle, dass sie mit ihrer Arbeit anderen Menschen helfen können und etwas Nützliches für die Gesellschaft tun. Umso verheerender wirkt es vor diesem Hintergrund, wenn rund 60 % der Beschäftigten der Meinung sind, dass Politik und oberste Leitungsebene kein positives Bild des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit vermitteln. Die zu geringe

Anerkennung ist, zusammen mit dem Verhalten von Vorgesetzten, eine entscheidende Einflussgröße, die die Arbeitszufriedenheit bestimmt.

7. Insgesamt geben rund zwei Drittel der Beschäftigten an, sich durch ihre Arbeit belastet zu fühlen, 10 % sogar sehr stark. Maßgebliche Einflussfaktoren sind dabei die stetig wachsende Arbeitsmenge sowie der Zeitdruck bei der Aufgabenerledigung. Die hohe Belastung steht damit in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem nun schon seit Jahrzehnten andauerndem Personalabbau im bremischen öffentlichen Dienst. Besonders ausgeprägt betrifft dies Beschäftigte über 55 Jahre. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass die Bemühungen um altersgerechte Arbeitsplätze verstärkt werden müssen.

8. Die finanziellen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst werden von den Beschäftigten sehr negativ beurteilt. Mehr als drei Viertel verneinen, dass die Finanzausstattung ausreichend ist. Ein ebenso großer Anteil ist der Auffassung, dass es keine weiteren Einsparmöglichkeiten mehr gebe. Vier Fünftel der Beschäftigten (80 %) widersprechen der Aussage, der öffentliche Dienst sei trotz Personaleinsparungen leistungsfähig. Auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen halten die Beschäftigten mehrheitlich nicht für einen geeigneten Weg, um Dienstleistungen besser oder kostengünstiger zu erbringen. Im Gegenteil sind mehr als 80 % dafür, bestimmte, in der Vergangenheit privatisierte Dienstleistungen zu rekommunalisieren.

Wir begrüßen, dass die weitere Bewertung der Ergebnisse der Befragung zusammen mit dem Gesamtpersonalrat und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfolgen wird. Dies ermöglicht, die Ergebnisse beispielsweise hinsichtlich Personal- und Statusgruppen genauer zu betrachten.

Wir erwarten, dass aus den Ergebnissen der Befragung konkrete Verbesserungen für die Beschäftigten abgeleitet und umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende